



# GESUNDHEITS-INFO

ZUR CORONA-KRISE

Weitere Infos & Kontakt: [osnabrueck.dkp.de](http://osnabrueck.dkp.de)

## Gesundheit als Ware? Das ist doch krank ...

„Dass die Infektionswelle trotz mäßiger Vorbereitung bisher relativ glimpflich verlief, dies ist nicht ein Verdienst der Politik, sondern liegt vor allem daran, dass die Bürger sich mittlerweile gut selbst disziplinieren und Abstand halten“, so Dr. Gisbert Voigt, bis 7. Mai 2020 Bezirkschef der Osnabrücker Ärztekammer (NOZ, 8.5.20).

Nach der Schweinegrippe 2009 habe „der Bundestag im Jahr 2012 sogar eine große Studie in Auftrag gegeben, welche Auswirkungen eine zukünftige Corona-Pandemie haben könnte. Allerdings hatten diese Diskussionen leider nicht zur Folge, dass wir uns als Konsequenz daraus entsprechend auf möglicherweise noch schwerwiegendere Pandemien mit noch mehr Todesopfern vorbereitet hätten. Die Politik hätte unter anderem zwingend mehr persönliche Schutzausrüstung vorhalten müssen.“

Das Virus traf auf ein Gesundheitswesen, das in den letzten Jahrzehnten gezielt und systematisch der kapitalistischen Marktlogik unterworfen wurde. Die Corona-Krise zeigt: dieses System ist nicht in der Lage, die Probleme zu lösen.

Wie war es bei Ausbruch der Pandemie? Während dringend medizinisches Personal gebraucht wird, gelingt es nicht, die Kolleginnen und Kollegen mit angemessener Schutzkleidung auszustatten und sie täglich zu testen, um weitere Ansteckungen zu vermeiden. Während händeringend Bettenkapazitäten gebraucht werden, melden private Kliniken Kurzarbeit an, aus Angst vor Gewinnerlusten oder sie belegen Betten

mit geplanten Operationen. Während Hygiene an erster Stelle stehen muss, werden Reinigungsarbeiten auf ein Mindestmaß reduziert.

Mehr Betten und mehr Beatmungsgeräte reichen nicht aus. Wir brauchen die Kolleginnen und Kollegen, die sie bedienen und Patienten versorgen können. Doch: Schon im Normalzustand fehlte es im Gesundheitswesen an Personal. Seit der Einführung der „Fallpauschalen“ wurden Zehntausende Stellen in der Pflege abgebaut. Öffentliche Krankenhäuser wurden privatisiert, Reinigung und Transport wurden ausgelagert.

Auch in der Altenpflege wurde mit Einführung der Pflegeversicherung das Selbstkostendeckungsprinzip abgeschafft. Auch dort spielt heute der Profit die entscheidende Rolle. Die Folgen wurden nicht zuletzt im Alldorf in Bramsche sichtbar.

Doch Gesundheitsminister Spahn hält nicht nur am Prinzip der Fallpauschalen fest. Als Dank für Ihren „systemrelevanten“ Einsatz hat die Regierung für Pflegekräfte die Schutzvorschriften im Arbeitszeitgesetz aufgeweicht und 12-Stunden-schichten sowie eine verkürzte Ruhezeit erlaubt.

Dagegen fordert Uwe Alschner vom Verband der kommunalen Krankenhäuser IVKK, dass das „Experiment, Krankenhäuser wie kommerzielle Profit-Center zu betreiben“, abgebrochen werden müsse: „Daseinsvorsorge ist kein marktfähiges Produkt!“ (Tagesspiegel, 20.4.20)



### Wir fordern:

• **Mehr Personal in Gesundheit und Pflege**

**Höhere Löhne für die Beschäftigten – nicht nur in der Krise**

**Sofortige Zahlung eines Pandemiezuschlags als erster Schritt**

• **Umsetzung aller notwendigen Schutzmaßnahmen und Hygiene-Schulungen für das gesamte Personal in Gesundheit und Pflege, auch für Reinigungskräfte, Fahrer und Therapeuten**

• **Staatliche Eingriffe zur Umstellung auf die Produktion von jetzt notwendigen Gütern**

• **Wiedereinführung des Selbstkostendeckungsprinzips in Gesundheit und Pflege statt der Fallpauschalen und Pflegegrade**

• **Rücknahme der Privatisierungen – Kein Profit mit der Gesundheit**



## unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung  
Zeitung der DKP



**Wir schreiben – auch  
beim Thema  
Gesundheit – dort weiter,  
wo andere Medien längst  
schweigen.**

# Aufwertung statt Klatschen

Die Corona-Krise lenkt den Blick darauf, welche Arbeiten bisher eine völlig unzureichende Wertschätzung erhalten, nicht zuletzt bei den Einkommen. Arbeitsminister Heil forderte im Interview mit der NOZ, den Beschäftigten im Gesundheitswesen und in der Pflege einen „Corona-Bonus“ von 1.500 Euro zu zahlen. Das verdient Unterstützung, auch wenn ein einmaliger Bonus kein Ersatz für eine dauerhafte Aufwertung dieser Tätigkeiten ist.

Das Klinikum Osnabrück zahlte nun für den April einen „Corona-Bonus“ von 200 Euro an Beschäftigte, „die durch die Corona-Krise besonders gefordert sind“ (NOZ, 25.04.2020). Die davon Begünstigten mögen sich bei dieser Summe mit Tucholsky fragen: „Gut, das ist der Pfennig – doch wo ist die Mark?“ Die meisten Beschäftigten aber gingen ganz leer aus. Sie fragen sich: Arbeite ich etwa nicht auch unter erhöhter Ansteckungsgefahr? Bin ich mit durcheinandergewürfelten Teams, besonderen Schutzmaßnahmen, unsicheren Dienst- und Urlaubspläne nicht auch „besonders gefordert“?

Die Personalchefin des Klinikums spricht vom „hohen finanziellen Druck, unter dem das Klinikum durch die Corona-Krise steht“. Aufsichtsratsvorsitzender Fritz Brickwedde beziffert diesen „zurzeit auf mindestens vier Millionen Euro“.

Tatsächlich werden Kliniken, die an vorderster Front gegen Corona stehen, durch das Finanzierungssystem der „Fallpauschalen“ bestraft. Finanziell attraktive planbare Operationen werden verschoben, und jeder Erfolg bei der Eindämmung der Pandemie sorgt bei den Kliniken für leere Intensivbetten und nicht genutzte Beatmungsgeräte. Das Problem dabei: „In Deutschland werden Kliniken anders als Schulen und Feuerwehr pro Einsatz bezahlt“ (Tagesspiegel, 20.4.20).

Der Chef des Gesundheitsausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus, der frühere Vivantes-Arzt Wolfgang Albers („Die Linke“), sagt dazu: „Absurd ist doch: Wenn ein Krankenhaus leer ist, droht es pleitezugehen. Eigentlich sollten wir uns über leere Stationen freuen. So, wie wir uns freuen, wenn die Feuerwehr nicht ausrücken muss.“

Ich möchte gerne:

- Die UZ sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

**Zurück an: DKP-Parteivorstand  
Hoffnungstraße 18 · 45127 Essen  
Tel.: 0201 - 17 78 89 23  
E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)**

Die Corona-Pandemie hat zwar das Kriegsmanöver „Defender 2020“ gestoppt, aber die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden fortgeführt. **Der Bundeshaushalt 2019 enthielt 15 Milliarden für das Gesundheitswesen, aber 45 Milliarden für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung.** Auch die Sanktionen gegenüber Ländern wie Kuba, Venezuela, dem Iran und Syrien werden fortgesetzt. Auf die Hilfsangebote Chinas wird nur zögerlich reagiert. Dadurch wird eine effektive Bekämpfung der Pandemie verhindert.

**Wir fordern:** • **Absage an das 2-Prozent-Ausgabenziel der NATO** • **Raus aus der NATO, runter mit der Rüstung** • **Erhöhung des Gesundheitshaushaltes** • **Aufhebung aller internationalen Sanktionen zur Bekämpfung der Pandemie** • **Bündelung aller Kapazitäten und internationale Zusammenarbeit zur Entwicklung von Medikamenten und einem Impfstoff** • **Internationale Solidarität statt Konkurrenz**